

Liebe Medienverantwortliche,

der politische Umsturz in der Ukraine hat eine internationale Zuspitzung ausgelöst. Die Berichterstattung spielt für den weiteren Verlauf dieses Konfliktes zwischen der Ukraine, Russland und der EU eine wichtige Rolle.
„Ist sie ein Teil des Problems oder der Lösung?“
Diese Frage müssen sich auch die deutschen Medien stellen.

So wie in der Politik durch Diplomatie ein Konflikt entschärft oder militärisch verschärft werden kann tragen auch Medien die Verantwortung dafür, ob Brücken geschlagen oder „Schützengräben“ ausgehoben werden.
Fairness und Unabhängigkeit sind Grundlagen eines professionellen Journalismus. Ideologisierung, Schwarz-weiß-Malerei und Freund-Feind-Denken sind nicht hilfreich für eine lösungsorientierte Berichterstattung, sowohl auf russischer als auf deutscher/europäischer Seite.

Bei dem Studium der täglichen Berichterstattung fällt auf, dass sich weite Teile der deutschen Medienlandschaft auf die Person des russischen Präsidenten Putin „eingeschossen“ haben. Er ist zur "persona non grata" erklärt, wirklichkeitsfremd, gefährlich, machtbesessen, Kalter Krieger, Despot, Diktator etc.
Es wird auch eine Gleichsetzung Putin=Russland gemacht und bewusst Plakate von Demonstranten in der Ukraine gezeigt, die Putin mit Hitler vergleichen.
Dadurch wird eine antirussische Grundstimmung erzeugt. Einseitige Berichte über Interessensgegensätze wie bei der Münchener Sicherheitskonferenz, zu Iran, Syrien, die Ukraine oder die Bewertung der Olympischen Spiele in Sotschi sind von antirussischen Vorurteilen geprägt. Um kein Missverständnis aufkommen zu lassen: Es geht nicht um die Verteidigung eines repressiven Systems oder einer notwendigen und berechtigten Kritik an Menschenrechtsverletzungen in Russland oder einer " Aufrüstungs"-Politik.

Aber Berichterstattung im Stile - Hier die Guten im Westen und da die Bösen im Osten - wird der Realität nicht gerecht.
Eine verantwortliche Berichterstattung unterscheidet nicht gute und schlechte Völker, sondern gute und schlechte politische Bedingungen, die sich verändern lassen.

Die Beurteilung der Krisensituation ist von Doppelmoral gekennzeichnet.
"Das Recht des Stärkeren" wurde von verschiedenen Regierungen über die "Stärke des Rechtes" gestellt - nicht nur in der Ukraine.

Der völkerrechtswidrige Krieg im Irak, begonnen mit Hilfe und Betrug der Medien, kostete bis heute mehr als 120 000 Menschen das Leben. Von Sanktionen oder anderen rechtlichen Konsequenzen für die USA und ihre Koalition der Willigen war nie die Rede.
Die Totalüberwachung durch die NSA ist eines demokratischen Rechtsstaates unwürdig. Dass der Aufklärer Edward Snowden nur in Moskau Asyl gefunden hat, ist auch für die europäischen Staaten beschämend.

Die Journalisten sollten sich im Jahre 2014 erinnern, dass zwei Weltkriege durch Deutschland verursacht wurden und vor allem die russische Bevölkerung einen hohen Preis dafür bezahlt hat. Die rechtsradikale Geschichte ist in Deutschland auch heute noch präsent, wie die NSU-Prozesse zeigen.

Die deutsch-russischen Beziehungen sollten nicht kurzfristig durch Politik und Medien aufs Spiel gesetzt werden.

Dies gilt für alle Seiten.

Die Ukraine wurde nun zum Interessengebiet von Europa und Russland erklärt.

Ziel der Politik und der Medien müsste es sein, nicht eskalierend, sondern vermittelnd zu wirken.

Nicht Konfrontation, sondern Vernunft und Lösungsorientierung ist das Gebot der Stunde in der Berichterstattung.

Auch die Medien, könnten durch eine verantwortliche Berichterstattung dazu beitragen nicht den Krieg, sondern den Frieden zu gewinnen.

Mit freundlichen Grüßen,

Henning Zierock,

Gesellschaft Kultur des Friedens